



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS  
LANDESVERBAND BERLIN

Interessenverband Berliner Schulleitungen  
per E-Mail: [wagner@ibs-verband.de](mailto:wagner@ibs-verband.de)

Kurt-Schumacher-Haus  
Müllerstraße 163  
13353 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER  
Fon: 030 - 4692-141/144  
Fax: 030 - 4692-166  
[dennis.buchner@spd.de](mailto:dennis.buchner@spd.de)

Hotline: 030 - 4692-222  
[www.spd-berlin.de](http://www.spd-berlin.de)

Berlin, 25.08.2016

## Ihre Anfrage: Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Wagner,

gern beantworten wir Ihnen Ihre Wahlprüfsteine im Vorfeld der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2016.

**Berliner Schulleitungen sehen sich seit Jahren stetig wachsenden Belastungen durch neue Arbeitsbereiche und die Übernahme von stetig wachsenden Aufgaben im administrativen Bereich ausgesetzt, während gleichzeitig oft mangelhafte Ressourcen bei Personal und Ausstattungen und zudem erschwerte Arbeitsbedingungen professionelles Schulleitungshandeln unnötig erschweren.**

**Die Berliner Grundschule hat nicht erst seit heute mit vielfältigen Problemen zu kämpfen. Die größten Schwierigkeiten sind die derzeit häufig fehlende Besetzung von Planstellen für die ständigen Vertreter, oft aber auch für Schulleitungspositionen. Die Ursachen sieht unser Verband vor allem in der unzureichenden Besoldung als auch in der nach wie vor unzureichenden Leitungszeit insbesondere für die ständigen Vertreter. Erschwerend für eine qualifizierte Leitungstätigkeit erweist sich außerdem ein nicht vorhandenes mittleres Management.**

**Mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Probleme einer nachhaltigen Lösung zuführen?**

Die SPD hat in der laufenden Wahlperiode durch die Einrichtung zusätzlicher Verwaltungsleiterstellen an den Schulen damit begonnen, die Schulleiterinnen und -leiter von administrativen Aufgaben zu entlasten. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen.

**Vor scheinbar unlösbaren Problemen steht die Berliner Grundschule aber auch wegen eklatanten Personalmangels. Zu Beginn des neuen Halbjahres konnten lediglich 120 Grundschulpädagogen eingestellt werden. Dieses Problem wird sich künftig noch verschärfen, da die Zahl der Studierenden in Berlin mit dem Ziel Grundschullehrer auch künftig absehbar unter dem Bedarf liegen wird.**

**Welche Pläne haben Sie, um diese Probleme kurz- und mittelfristig zu lösen?**

Eine kurzfristige Lösung bietet die Anwerbung von Personal aus anderen Bundesländern und dem EU-Ausland, ggf. muss auf Vertretungsregelungen oder Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger zurückgegriffen werden.

Mittelfristig muss mit den Hochschulen im Rahmen der Hochschulverträge über eine Erhöhung der Ausbildungszahlen gesprochen werden; ein erster Aufschlag dazu ist bereits geschehen.

**Laut Prognose der Schulsenatsverwaltung werden für das Schuljahr 2024/25 37.090 Schüler mehr erwartet als im Januar 2015. Für den Bezirk Lichtenberg beläuft sich die Prognose sogar auf einen Zuwachs von 47 % bis 2025. Eine weitere Prognose geht von einem Einstellungsbedarf von 16.000 VZE bis zum Schuljahr 2023/24 aus.**

**Wie könnte Ihrer Meinung nach ein Masterplan zur Bewältigung dieses Problems aussehen?**

**Das Problem der Einstellungen lässt sich nur über eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten lösen. Bildungssenatorin Sandra Scheeres hat einen unbürokratischen Ausbau von modularen Ersatzbauten über einen Zeitraum von ca. vier Jahren angekündigt. Diese begrüßenswerte Initiative löst jedoch in keiner Weise die erheblichen Raumprobleme an zahlreichen Berliner Schulen. Nur allzu häufig sehen sich Schulleitungen genötigt, Regelklassen wie auch Willkommensklassen mit deutlich überhöhten Frequenzen einzurichten.**

**Mit welchen Maßnahmen wollen Sie hier in den nächsten Jahren Abhilfe schaffen?**

Der unbürokratische Bau modularer Ersatzbauten ist nur ein Baustein, der vor allem kurzfristige Lösungen schaffen soll. Deshalb wollen wir mittelfristig, neben der Erhöhung der Finanzmittel auch die Strukturen verbessern und neue Mitsprachemöglichkeiten für alle Beteiligten vor Ort einzuführen. Die Mittel für den baulichen Unterhalt werden mehr als

verdoppelt und betragen rund 1,5 Milliarden Euro in 10 Jahren. Um den Sanierungsrückstand aufzuholen, werden mindestens 1,2 Milliarden Euro in 10 Jahren zusätzlich aufgewandt.

Dazu werden die vorhandenen Sonderprogramme um 50 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt. Angesichts der wachsenden Zahlen von Schülerinnen und Schülern werden 2,7 Milliarden Euro in den Neubau oder die Erweiterung bestehender Schulgebäude investiert. Da einige Maßnahmen bereits in den Haushaltsplanungen vorgesehen sind, beläuft sich der zusätzliche Mitteleinsatz auf etwa zwei Milliarden Euro.

**Der Zustrom von Flüchtlingskindern, aber auch die Folgen des Problems „Wachsende Stadt“ führen zu einer erheblichen Ausweitung des schulischen Verwaltungsaufwandes. Der IBS hält eine deutliche Ausweitung bzw. Neubestimmung der Arbeitszeitregelung sowie deutlich höhere Präsenzzeiten der Schulsekretärinnen ebenso dringend geboten wie eine weitere Aufstockung der Stellen für Verwaltungsleiter. Laut Staatssekretär Rackles ist jedoch über die 48 VZE hinaus an keine weitere Aufstockung gedacht. Unser Verband erwartet, dass spätestens nach der Wahl die politischen Weichenstellungen für eine insgesamt höhere Präsenz des gesamten technischen Verwaltungspersonals einschließlich der Schulhausmeister erfolgen wird.**

**Für dieses Problemfeld besteht ein nicht aufschiebbarer Handlungsbedarf. Welche Vorstellungen zur Lösung dieses Problembereichs haben Sie?**

Moderne und eigenverantwortliche Schulen benötigen für ihre Arbeit auch Entlastung im nicht-pädagogischen Bereich. Hierzu werden wir für alle Schularten den in 2014 begonnenen Ansatz ausbauen und im Laufe der kommenden Legislaturperiode jeder Schule eine Verwaltungsleitung und eine IT-Kraft an die Seite stellen: große Schulen volle Stellen, kleinere Schulen anteilige Stellen in Kooperation mit Nachbarschulen. Damit werden auch pädagogische Ressourcen wieder frei für den Fachunterricht, die bislang an der falschen Stelle gebunden waren.

Mit freundlichen Grüßen



Dennis Buchner  
Landesgeschäftsführer